

Rayk Hähnlein / Günter Seufert

Der Einmarsch der Türkei in Afrin

Grenzüberschreitender »Kampf gegen die PKK« zur militärischen Lösung der eigenen Kurdenfrage

Rayk Hähnlein / Günter Seufert

Am **18. März** verkündete der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan die Einnahme der syrisch-kurdischen Stadt Afrin. Fast genau acht Wochen davor waren türkische Truppen in die seit den 1920er Jahren kurdisch besiedelte Region eingerückt, die von Kämpfern der syrisch-kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD) kontrolliert wurde. Die PYD ist eng mit der türkischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verbunden, und die Invasion ist Teil des jüngsten Versuchs der Türkei, ihre interne Kurdenfrage militärisch zu lösen. Bereits zu Beginn des Feldzugs kündigte die Türkei in diesem Kontext weitere Militäroperationen an. Alle von Kurden gehaltenen Gebiete in Nord-syrien sollen »befreit« werden. Wenn die Parlamentswahlen im Irak im Mai dieses Jahres vorüber sind, will die türkische Regierung auch dort militärisch gegen die PKK vorgehen. Ankara nimmt sich offensichtlich ein Beispiel an Russland: Es will künftig vermehrt zu kriegerischen Mitteln greifen, um seine Ziele durchzusetzen.

Die Operation gegen Afrin hatte am 20. Januar dieses Jahres mit dem schwersten Luftbombardement begonnen, das die Republik Türkei seit ihrer Gründung je ausgeführt hat. Ankara setzte an diesem Tag **72 Kampfflugzeuge ein, nahezu ein Viertel seiner gesamten Luftwaffe**. Stellungen, Bunker und Tunnelsysteme der Kurden sollten zerstört und die Kämpfer der PYD demoralisiert werden. Im weiteren Verlauf der Operation wurde dann fast die Hälfte des fliegenden Arsenal mobilisiert. Am 21. Januar überschritt die türkische Armee die Grenze, begleitet von einer sogenannten National Army, die Ankara im **Dezember 2017 aus**

circa 30 bewaffneten Einheiten sunnitischer syrischer Kämpfer geformt hatte. In der ersten Märzwoche setzte die Türkei in der Afrin vorgelagerten Stadt Jindires erstmals Spezialeinheiten ihrer Polizei (PÖH) und Gendarmerie (JÖH) ein, die für den Häuserkampf trainiert sind. Beobachter befürchteten für Afrin deshalb einen verlustreichen Straßenkampf, in dem die rund **320 000 Einwohner** der Stadt zwischen die Fronten geraten würden. Doch gelang es etwa **200 000** Bewohnern Afrins vor der Einnahme der Stadt Richtung Tel Rifaat und Aleppo zu fliehen und offensichtlich zogen sich die kurdischen Truppen schließlich

aus der Stadt zurück. Die Türkei will während der Invasion 3603 »Terroristen neutralisiert« haben. Die [Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte](#) in London spricht von 1500 getöteten kurdischen Kämpfern, 280 zivilen Opfern, 400 Verlusten in den Reihen der pro-türkischen islamischen Kämpfer und 46 toten türkischen Soldaten.

Die türkische Regierung rechtfertigt den Einmarsch damit, dass das Territorium der Türkei aus dem Kurdengebiet heraus mit Raketen angegriffen worden sei. Allerdings gibt es für solche Angriffe keine eindeutigen Belege. In der türkischen Presse, die sich zu mehr als drei Vierteln regierungsnah präsentiert, findet sich für die Zeit vor dem Feldzug nur eine einzige Meldung über einen Raketeneinschlag, bei dem lediglich Sachschaden entstanden sein soll. Mit viel größerem propagandistischem Nachdruck argumentiert die Regierung Erdoğan denn auch mit ihrer bekannten Gleichsetzung der PYD mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihrer Einstufung der PYD als Terrororganisation, eine Einschätzung, die die internationale Gemeinschaft nicht teilt. Die PYD ist weder in den USA noch in Europa als Terrororganisation gelistet. Als die türkische Regierung im Februar dieses Jahres von Prag die Festnahme und Überstellung des früheren PYD-Vorsitzenden Saleh Muslim verlangte, wies das zuständige Gericht [das Ansinnen zurück](#) und [stellte das Verfahren ein](#). In der [Resolution 2401](#) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (VN) zur vorübergehenden Einstellung der Kämpfe vom [24. Februar 2018](#) taucht die PYD unter den Terrororganisationen, die weiter bekämpft werden dürfen, nicht auf.

Gründe und Ziele des Feldzugs

Für die Invasion gibt es offiziell und inoffiziell vorgetragene Gründe, die allesamt mit der Vorstellung einer militärischen Lösung der Kurdenfrage verbunden sind. Türkische Sicherheitskreise verweisen auf die erhöhte Kampfkraft der PYD-Milizen, die infolge ihrer engen militärischen Zusammenarbeit mit den USA von einer Guerillatruppe zu

einer semi-regulären Streitmacht geworden seien. Die Milizen seien heute in der Lage, Fronten aufzubauen und zu halten, mit den Luftwaffen anderer Länder zu kooperieren, komplexe logistische Anforderungen zu bewältigen und modernste Kommunikations- und Waffentechnik zu nutzen. Werde der Entwicklung jetzt nicht Einhalt geboten, stehe die Türkei in zehn Jahren einer militärischen Kraft gegenüber, die [mit der libanesischen Hizbollah](#) vergleichbar sei.

Innerhalb der türkischen Führung werden Reichweite und Zielsetzung der aktuellen Operation unterschiedlich dargestellt. Am weitesten holt Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan aus, der Afrin als Auftakt bezeichnet für einen großen Feldzug zur Eliminierung jeglicher Ansätze kurdischer Selbstverwaltung von Nordsyrien bis an die Grenze zum Irak. Ministerpräsident [Binali Yıldırım sagt](#), Ankara beabsichtige eine 30 Kilometer tiefe Pufferzone zu etablieren, die insgesamt 10 000 Quadratkilometer umfassen soll, mehr als drei Mal die Größe der Provinz Afrin. Seit Monaten hat sich die Türkei darauf festgelegt, nach Afrin zunächst die östlich davon gelegene Stadt Manbij einzunehmen. Ob das gelingen wird, ist freilich fraglich. Denn Manbij aber auch die anderen von Kurden gehaltenen Territorien östlich des Euphrats stehen bislang unter dem Schutz der USA, die eng mit den Kurden kooperieren.

Afrin dagegen stand bislang praktisch unter russischer Oberhoheit. Die Kurden hatten die Stadt 2012 von der Regierung in Damaskus übernommen und nicht, wie andere der von ihnen in Syrien kontrollierten Gebiete, mit Hilfe der USA vom »Islamischen Staat« (IS) befreit. Warum hat die Türkei jetzt gegen Afrin losgeschlagen und warum hat Russland, das dort den Luftraum kontrolliert, der Türkei die Operation gestattet? Die Antwort liegt im jüngsten Strategiewechsel der USA, den Außenminister [Rex Tillerson am 17. Januar](#) öffentlich verkündet hat. Demnach werden die USA längerfristig in Syrien bleiben und – so Tillerson – den Aufbau einer effektiven und repräsentativen Verwaltung in den Regio-

nen unterstützen, die von den kurdisch-dominierten Syrian Democratic Forces (SDF) kontrolliert werden. Die geplante fort-dauernde Präsenz der USA in Syrien diene der Stabilisierung des Landes, sie solle verhindern, dass der IS und Al-Qaida wieder erstarken und außerdem den iranischen Einfluss im Lande eindämmen, der eine Bedrohung für Israel darstelle.

Dieser Schwenk Washingtons schuf eine neue Gemeinsamkeit zwischen Russland, dem Iran und der Türkei, die – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – alle gegen eine Verstärkung der Stationierung von US-Truppen in Syrien sind: Russland wegen seiner geopolitischen Konkurrenz mit den USA und seines Bündnisses mit Damaskus; der Iran, weil er das Ziel von Washingtons Roll-back-Strategie ist; und die Türkei, weil sie bislang darauf vertraute, dass Washington über kurz oder lang die Kurden fallenlassen würde.

Eine türkische Operation im Interesse Russlands

Mit seinem Freibrief für die türkische Operation schlägt Moskau eine ganze Reihe von Fliegen mit einer Klappe. Der Angriff schwächt die PYD, den hauptsächlichen Partner Washingtons im Kampf gegen den IS, und stärkt gleichzeitig die Position der syrischen Regierung gegenüber den kurdischen Kämpfern. Der Feldzug verschärft die Spannungen zwischen den Nato-Partnern Türkei und USA. Gleichzeitig bindet Moskau Ankara noch stärker an sich, weshalb sich die Türkei nur schlecht dagegen wehren kann, dass die russischen Streitkräfte zur selben Zeit in Ost-Ghoutha zusammen mit Damaskus gegen sunnitisch-arabische Kräfte vorgehen, die Ankara lange unterstützt hat. Es verwundert deshalb nicht, dass Russland einerseits den Türken grünes Licht für die Aktion gab, doch gleichzeitig die Kurden drängte, Afrin der syrischen Regierung zu übergeben. Denn eine dauerhafte Präsenz der türkischen Truppen in Syrien ist nicht in Russlands Interesse. Mitte Februar wurde bekannt, dass Moskau den

Kurden dabei behilflich war, Nachschub nach Afrin zu schleusen. In der ersten Märzwoche war es gar zu **direkten Zusammenstößen** des türkischen Militärs mit schiitischen Milizen gekommen, die auf Assads Geheiß auf Seiten der Kurden in die Kämpfe eingriffen.

Kurdenfrage: Dreh- und Angelpunkt türkischer Nahostpolitik

Dass Moskau – und in zweiter Linie Damaskus – mittelfristig die primären Nutznießer der türkischen Offensive gegen Afrin sein werden, zeigt, wie kurzatmig die Türkei heute im Nahen Osten agiert. Das große Ziel der türkischen Außenpolitik, die Etablierung gemäßigt muslimischer Herrschaft in Ägypten und Syrien, ist in weite Ferne gerückt. Die Kurdenfrage ist erneut zum neuralgischen Punkt der türkischen Innen- und Außenpolitik geworden und Ankaras Politik in der Region beschränkt sich derzeit darauf, jeder Form kurdischer Autonomie in den Nachbarstaaten entgegenzuwirken. Überwinden kann die türkische Führung diese Schwäche nur, wenn ihr eine friedliche Lösung des Kurdenproblems gelingt. Denn im Verlauf der mittlerweile 34 Jahre, in denen die PKK nun schon ihren bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat führt, haben sich die Partei und ihre Kämpfer von einer rein türkisch-kurdischen Kraft zu einer grenzübergreifenden pankurdischen Organisation gemausert, mit Schwesterparteien und -milizen im Iran, im Irak und vor allem in Syrien. Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass selbst ein endgültiger militärischer Sieg über die PKK in der Türkei nicht das Ende der PKK bedeuten würde. Die Kämpfe zwischen türkischem Militär und der PKK, die bislang nach offiziellen türkischen Angaben mehr als **40 000 Menschen**, in der Mehrzahl Kurden, das Leben gekostet haben, würden sich dann noch mehr in die kurdischen Siedlungsgebiete der angrenzenden Staaten verlagern. Damit wird jegliche Form kurdischer Selbstverwaltung in den Nachbarstaaten – ganz unabhängig von ihrem jeweiligen Zuschnitt

(lokal/föederal) und unabhängig auch von dem politischen Charakter der dort jeweils bestimmenden kurdischen Partei – zur Bedrohung der nationalen Sicherheit der Türkei. Ankara muss deshalb entweder den internen Konflikt mit den Kurden auf friedlichem Wege durch Verhandlungen lösen, oder es ist dazu gezwungen, den Krieg mit der PKK in diese Länder zu tragen.

Abbruch der Verhandlungen mit der PKK und Remilitarisierung der Kurdenfrage

Auf dieses Gleis hat die türkische Regierung ihre Kurdenpolitik (zurück)gesetzt, als Staatspräsident Erdoğan am 28. April 2015 die Gespräche des türkischen Staates mit der PKK abbrach. Damit endete eine über zwei Jahre lange Verhandlungsphase, in der die Waffen weitgehend geschwiegen hatten. Mit der Beendigung der Gespräche spekulierte die Führung der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) auf die Mobilisierung türkisch-nationalistischer Stimmen, denn die AKP sah die Gefahr, bei den für den 7. Juni 2015 angesetzten Parlamentswahlen ihre absolute Mehrheit zu verlieren. Am 11. Juli 2015 erklärte die PKK dann ihrerseits den einseitigen Waffenstillstand für aufgehoben, den sie zwei Jahre vorher verkündet hatte, eine Entscheidung, der eine landesweite Welle von Verhaftungen kurdischer Politiker und als Reaktion darauf einzelne Scharmützel mit dem Militär vorausgegangen waren. Die Regierung nahm daraufhin ihr Bombardement von PKK-Stellungen in Nordirak wieder auf, und eine Verhandlungslösung rückte in weite Ferne. In einer Atmosphäre, die nunmehr von einer einseitigen Fokussierung auf Terror und Sicherheit bestimmt war, erlangte die AKP bei eilig vorgezogenen Wahlen im November 2015 erneut die absolute Mehrheit.

Syrische Verhältnisse – Eskalation durch beide Seiten

In der Folge eskalierten beide Seiten den Konflikt. Das tiefe Misstrauen zwischen den Gegnern hatte dazu geführt, dass sich sowohl der Staat als auch die PKK während der Verhandlungen für neue Kämpfe gerüstet hatten. Der Staat hatte sein Netz von Militärwachen im Südosten des Landes ausgebaut und sah sich nun militärisch besser aufgestellt als zu Beginn des Waffenstillstands. Die PKK hatte in den mehrheitlich kurdisch besiedelten Städten der Region urbane Milizen gebildet, die meist aus sehr jungen Leuten bestanden, und umfangreiche Waffenlager angelegt.

Im Sommer 2015 erklärten mehrere kurdisch-regierte Stadtverwaltungen im äußersten Südosten der Türkei ihre »Autonomie«. In Cizre, Silopi, Şırnak, Yüksekova, Şemdinli und Nusaybin aber auch im Zentrum Diyarbakirs, der größten Stadt der Region, rief die PKK zum »Revolutionären Volkskrieg«, einer kurdischen Intifada, auf. Eine bewaffnete »Patriotische Revolutionäre Jugendbewegung« (YDGH) hob Schützengräben aus und verwehrte der Polizei den Zugang. Der Staat zog Spezialeinheiten der Polizei (PÖH) und der Gendarmerie (JÖH) heran und schickte sie in den Häuserkampf. Daneben kam schweres militärisches Gerät zum Einsatz. Das Altstadtviertel Sur von Diyarbakir und die Stadt Nusaybin an der syrischen Grenze wurden nahezu dem Erdboden gleichgemacht. Aber auch in anderen Städten boten sich Szenen, die an den Krieg in Syrien erinnern. **Zwischen 300 000 und 400 000 Einwohner** der Region waren gezwungen, ihre Wohnorte zu verlassen, und im Sommer 2016 war die Revolte niedergeschlagen.

Fortan konzentrierte sich das türkische Militär auf die Eliminierung der Führungsstrukturen der PKK. Seit September 2016 nutzt die Armee völkerrechtlich umstrittene bewaffnete Drohnen einheimischer Produktion für die Liquidierung von PKK-Kämpfern. In dem Jahr bis September 2017 sollen 600 PKK-Milizionäre durch Drohnen der Firma *Bayraktar* getötet worden sein. Heute

verfügen in der Türkei auch die Polizei, die Gendarmerie und der Geheimdienst über bewaffnete Drohnen jener Firma, zu deren Eigentümern ein Schwiegersohn des Staatspräsidenten gehört.

Auf ihre militärische Niederlage in den Städten und auf die technische Überlegenheit des Militärs reagierte die PKK mit Hit-and-Run-Attacken auf die Streitkräfte, aber auch mit Terroranschlägen, ja sogar mit Selbstmordattentaten, bei denen sie bewusst zivile Opfer in Kauf nahm. Prominente Beispiele sind die Anschläge von 2016 in Ankara, Bursa und Istanbul, bei denen insgesamt mehr als hundert Personen, weit überwiegend Zivilisten, ums Leben kamen.

Strangulierung der pro-kurdischen Parteien und Lokalverwaltungen

Initiativen zu einer friedlichen Lösung des Kurdenkonflikts in der Türkei sind nicht in Sicht. Die Regierung schließt jede Rückkehr zu Verhandlungen aus, und die Hauptoppositionspartei (Republikanische Volkspartei, CHP) ist in der Kurdenfrage gespalten. Die legalen Möglichkeiten für pro-kurdische Politik sind praktisch verschlossen. Fünf der 59 Abgeordneten der hauptsächlich von Kurden gewählten Demokratischen Partei der Völker (HDP), wurde bis Dezember 2017 ihr Mandat aberkannt. 15 pro-kurdische Parlamentarier waren zu diesem Zeitpunkt hinter Gittern; neun von ihnen, darunter der Co-Parteivorsitzende, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und die Parteisprecher, befanden sich in Haft. In 94 der insgesamt 102 Kommunen und Landkreise, die der Verwaltung der pro-kurdischen Regionalpartei DBP unterstanden, wurden Bürgermeister und Stadträte ihres Amtes enthoben und die Kommunen unter Zwangsverwaltung gestellt. Im Dezember 2017 waren noch 81 Bürgermeister und Stadträte inhaftiert, Tausende Mitarbeiter ihrer Kommunalverwaltungen entlassen worden, circa 6000 saßen im Gefängnis.

Längst setzt die türkische Regierung wieder – wie in den 1990er Jahren – Kritik an ihrer Kurdenpolitik mit Unterstützung

von Terroristen oder gar mit Terrorismus gleich. So auch im Falle von 1128 Akademikern, die einen Protest gegen das Vorgehen der Regierung gegen die Kurden unterzeichnet haben. Die Mehrheit dieser Wissenschaftler wurde aus dem Staatsdienst entfernt, und die erste Runde von Verfahren nach dem Antiterrorstrafrecht ist bereits eröffnet. Die Verfolgung erstreckt sich auch auf Wissenschaftler, die in die Bundesrepublik geflüchtet sind. Wie überall im Hinblick auf Westeuropa betrachtet die türkische Regierung auch die in Deutschland gegebenen Freiräume für kurdische oder pro-kurdische politische Aktivitäten als Beweis dafür, dass der jeweilige europäische Staat Terrorismus fördert.

Die Verflechtung von türkischer Innen- und Außenpolitik in der Kurdenfrage

Das vergangene Jahrzehnt hat deutlich gezeigt, wie eng die innenpolitische Behandlung der Kurdenfrage und die türkische Politik gegenüber den Kurden in den Nachbarstaaten miteinander verflochten sind. Die Konjunkturen des Wandels von einem rein militärischen Konzept zur Lösung des Konflikts mit den Kurden zu einem verhandlungsbasierten Ansatz und wieder zurück zur Militarisierung hingen dabei immer davon ab, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen der Regierungspartei AKP und der alten kemalistischen Elite im Staatsapparat gerade darstellte.

Unabhängig davon, dass sie seit 2002 allein regierte, hatte die AKP bis 2007 wegen ihrer proreligiösen Tendenzen unter starkem Druck des säkularen Staatsapparats – besonders des Militärs – gestanden. Sie konnte sich deshalb keine Vorstöße in Richtung einer Verhandlungslösung leisten, wie sie Erdoğan erstmals 2005 als Möglichkeit angedeutet hatte. Erdoğan war es damals auch um die Verbreitung seiner Wählerbasis gegangen, er hatte jedoch auch erkannt, dass der Kurdenkonflikt militärisch nicht zu lösen ist.

2007 jedoch trotzte die AKP einem Memo-

randum des Militärs, ging anschließend gestärkt aus vorgezogenen Parlamentswahlen hervor und überstand im darauffolgenden Jahr sogar ein Parteiverbotsverfahren. Mit diesen Erfolgen im Rücken begann die Regierung 2009 erste Geheimverhandlungen mit der PKK. Im Oktober desselben Jahres kehrte eine Gruppe von PKK-Milizionären mit Erlaubnis der Regierung aus dem Irak in die Türkei zurück. Zwar verhinderte zu jener Zeit eine Woge des Nationalismus in der türkischen Bevölkerung, dass diese ersten Gespräche mit der PKK mit einem Erfolg endeten, doch die damalige Strategie der AKP, den Konflikt mit den Kurden über Verhandlungen zu lösen, schlug sich direkt im Verhältnis der Türkei zum kurdischen Teilstaat im Nordirak nieder. Im März 2009 nahm der türkische Staatspräsident Abdullah Gül als erster führender türkischer Politiker das Wort »Kurdistan« in den Mund, und fortan schraubten türkische Firmen ihre Investitionen in Irakisch-Kurdistan in die Höhe. Nach einer weiteren Runde von Geheimverhandlungen mit der PKK in Oslo erwies sich das Jahr 2013 in zweifacher Hinsicht als Zäsur: Erstens machte die Regierung in Ankara erstmals öffentlich, dass sie Friedensgespräche mit der PKK führte, und zweitens vereinbarte sie mit Irakisch-Kurdistan eine auf 50 Jahre angelegte Energiekooperation. Im April 2014 revidierte der Sprecher der regierenden AKP die bis dahin offiziell geltende Linie, wonach jede Form der Eigenstaatlichkeit Irakisch-Kurdistans für die Türkei den Casus Belli bedeute, und sagte, Ankara **respektiere** das Selbstbestimmungsrecht der irakischen Kurden. Sechs Monate später, im **Oktober 2014**, erlaubte die Türkei, wenn auch unter großen Bauchschmerzen, dass irakisch-kurdische Milizen (Peschmerga) türkisches Staatsgebiet durchquerten, um Milizen der PYD zu Hilfe zu kommen, die die syrisch-kurdische Stadt Kobane gegen den IS verteidigten.

Als die türkische Führung um Erdoğan sechs Monate später, im April 2015, die Verhandlungen mit der PKK abbrach, änderte sich, Schritt für Schritt, auch ihre Politik gegenüber den Kurden der Nachbarstaaten.

Zwar hatte die Türkei die PYD in Syrien schon vor diesem Datum als verlängerten Arm der PKK und damit ebenfalls als »Terrororganisation« bezeichnet, doch hatte das die Regierung damals nicht daran gehindert, den Co-Vorsitzenden der PYD, **Saleh Muslim, in Istanbul zu Gesprächen** zu empfangen. Muslim, dessen Auslieferung die Türkei im Februar und März 2018 sowohl von Prag als auch von Berlin verlangte, hatte sich seit 2012 mehrmals mit Vertretern der Regierung auf türkischem Boden getroffen. Ankara habe ihn – so Muslim – in jenen Tagen davon überzeugen wollen, die PYD in die sunnitisch-dominierte syrische Opposition zu integrieren. Eine Auflösung der bereits damals bestehenden kurdischen Kantone Cizire und Afrin habe die Türkei **damals nicht gefordert**.

Tatsächlich ist in der türkischen Presse erst ab Juni 2015, zwei Monate nach Abbruch der Verhandlungen mit der PKK, davon die Rede, dass die Türkei eine Vereinigung der bestehenden kurdischen Kantone in Nordsyrien zu einem zusammenhängendem Territorium verhindern müsse. Es dürfe kein »**kurdischer Korridor**« an der türkischen Südgrenze entstehen, der vom Irak bis zum Mittelmeer reichen könnte. Denn ein solcher Korridor stelle aus drei Gründen eine Gefahr für die Türkei dar:

Zum Ersten würde er der Kurdischen Regionalregierung im Irak ermöglichen, ihr Erdöl **unabhängig von der Türkei** ans Mittelmeer und damit auf die internationalen Märkte zu transportieren. Die Türkei verlore auf diese Weise den wichtigsten wirtschaftlichen Hebel den irakischen Kurden gegenüber und es wäre ihr weniger leicht möglich, Schritte zu kurdischer Eigenstaatlichkeit zu verhindern. Im Oktober 2017 fuhr Ankara denn auch schweres Geschütz gegen das Unabhängigkeitsreferendum auf, das die Kurdische Regionalregierung im Irak abhielt.

Zum Zweiten bedeute auch nur begrenzte kurdische Selbstverwaltung in Syrien, dass ein von der PYD dominierter »Terrorkorridor« entstehe, den die PKK, aber auch andere Terrororganisationen für Angriffe

gegen die Türkei nutzen könnten.

Zum Dritten sei ein solcher »kurdischer Korridor« auch Ausdruck und Eckpfeiler einer von westlichen Mächten, allen voran den USA, absichtsvoll gebildeten Frontstellung gegen die Türkei. Die Türkei solle von der arabischen Welt abgeschnitten und anschließend »vernichtet« werden. In diesem Sinne seien PKK und PYD nur Instrumente einer imperialistischen, primär US-amerikanischen Politik. Es ist diese Sicht der Dinge, die heute die Wahrnehmung und das Handeln der türkischen Regierung bestimmt. Am 12. März, dem 52. Tag der Operation, hat sie der Vorsitzende der AKP-Fraktion Mehmet Naci Bostancı im Parlament erneut ausführlich [dargelegt](#).

»Kein Terrorkorridor in Syrien!«

Um der Vereinigung der von der PYD beherrschten Kantone Kobane (östlich des Euphrats gelegen) mit Afrin (westlich des Euphrats) vorzubeugen, hatte Ankara am 24. August 2016 den Feldzug »Schutzschild des Euphrat« gestartet und sich erstmals offen in Syrien militärisch engagiert. Ziel war die Besetzung eines Areals, das sich von Azaz im Westen bis Jarablus im Osten und Al-Bab im Süden erstreckt und vom IS gehalten wurde. Zum Anlass für den Feldzug erklärte die Türkei zwei Anschläge des »Islamischen Staats« in der Türkei im Juni und im Juli 2016, bei denen insgesamt über 100 Personen starben und fast 300 verwundet wurden. Ankara berief sich bereits damals auf sein Recht zur Selbstverteidigung und gab [drei Operationsziele](#) aus: Grenzsicherung, Bekämpfung des IS und Verhinderung eines »Terrorkorridors«. Die Hauptlast des Kampfes trugen auf türkischer Seite Gruppen der sogenannten Freien Syrischen Armee (FSA), sunnitische syrische Rebellen, die unter türkischer Führung standen. Offizielle Zahlen liegen nicht vor, aber es ist davon auszugehen, dass die Beteiligung des türkischen Militärs in Spitzenzeiten bei bis zu 4000 Soldaten gelegen hat.

Von Beginn an waren die Grenzen zwischen der Offensive gegen den IS in Syrien

und dem Anti-PKK-Kampf im Südosten der Türkei fließend. So bombardierten die türkischen Luftstreitkräfte während der Operation auf syrischem Territorium auch Schlüsselrouten und Rückzugsräume der PKK in den türkischen Provinzen Hakkari, Şırnak, Diyarbakir, Mardin und Bitlis. Nach Angaben des Militärs wurden zwischen August 2016 und März 2017 [etwa 3000 IS-Kämpfer](#), 400 Milizionäre der PKK und der PYD sowie 75 Soldaten der türkischen Streitkräfte getötet. Die Gewalt hielt auch nach dem Ende des Feldzugs an, wie etwa der Militäreinsatz vom 21. bis 27. September 2017 verdeutlicht, bei dem nach offiziellen Angaben [63 PKK-Kämpfer](#) und vier türkische Soldaten ihr Leben ließen.

Wie weiter nach Afrin?

Der Einmarsch nach Afrin ist also kein spontaner Akt der Selbstverteidigung der Türkei gegen Angriffe von PYD-Milizen. Er dient auch nicht dem Kampf gegen den IS, Al-Qaida oder andere jihadistische Gruppen. Im Gegenteil, er schwächt ihn.

Der Feldzug nach Afrin ist zum Ersten eine logische Folge der politischen Entscheidung der türkischen Regierung, erneut auf eine militärische Lösung des Konflikts mit den Kurden im eigenen Land zu setzen. Dass die PKK den Fehdehandschuh bereitwillig aufgehoben hat, ändert an dieser Feststellung wenig.

Der Einmarsch bezeugt zweitens, dass die türkische Regierung mit ihrer Strategie gescheitert ist, über von ihr geformte, ausgebildete und bewaffnete sunnitische Kampfverbände den Gang der Dinge in Syrien maßgeblich zu bestimmen. Wegen dieser Fehlkalkulation muss Ankara heute das eigene Militär einsetzen.

Drittens belegen die Operation gegen Afrin und die nahezu wöchentlich wiederholten [Ankündigungen](#), auch Manbij anzugreifen, die Entschlossenheit Ankaras, einen fundamentalen Bruch mit Washington in Kauf zu nehmen. Hetzartikel in der Regierungspresse sprechen gar von der Unvermeidlichkeit eines [Krieges mit den USA](#).

Ernster zu nehmen ist die [Reflexion darüber](#), dass die Türkei bei ihrer Invasion auf Zypern 1974 schon einmal das Risiko eines Bruches mit den USA in Kauf genommen hat. Damals herrschte noch der Kalte Krieg und Ankara war viel stärker auf Washington angewiesen als heute. Anders als heute auch sahen Regierung und Staatsapparat der Türkei den Platz des Landes seinerzeit noch unzweifelhaft im Westen. Und ebenso anders als heute glaubte die türkische Führung in jenen Jahren nicht, sich um den Erhalt der territorialen Einheit der Türkei Sorgen machen zu müssen.

Afrin steht viertens für den Erfolg der russischen Politik. Moskau verstärkt den Zwist zwischen Ankara und Washington, lockt die Türkei ins Kriegsgeschehen und kann sich trotzdem sicher sein, dass die Türkei in Syrien wenig oder gar nichts gewinnen wird.

Denn, fünftens, zeigt die Offensive gegen Afrin, dass die Türkei für Syrien keine in sich geschlossene Strategie hat. Ankara will einerseits vermeiden, dass Baschar al-Assad Syrien erneut strikt zentralistisch und uneingeschränkt regieren kann. Doch andererseits schließt die türkische Regierung jede Form einer dezentralen Lösung für das Nachbarland aus. Die Türkei wehrt sich insbesondere gegen jegliche Autonomie der Kurden in Syrien. Doch sind die Kurden für jede föderale Lösung nur schwer verzichtbar: als dritter Faktor in der Machtbalance zwischen sunnitisch-islamischer Bevölkerungsmehrheit und der säkularen syrischen Bürokratie.

Last but not least steht der Einmarsch in Afrin für einen neuen Stil der türkischen Außenpolitik. Seit Gründung der Republik hat die Türkei Außenpolitik mit Augenmaß, in Anlehnung an Washington, betrieben. Sie hat – außer in Zypern – auf militärische Eskalation verzichtet und ist niemals revanchistisch aufgetreten. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass die Türkei von ihrem Soft-Power-Ansatz, für den sie in der ersten Hälfte der 2010er Jahre gefeiert wurde, auf einen Hard-Power-Ansatz umgeschaltet hat und sie ihren Ansprüchen

nun auch militärisch Nachdruck verleihen will. Gleichzeitig stellt Ankara heute zum ersten Mal seit Gründung des modernen Staates den Vertrag von Lausanne von 1923 in Frage, der als Dokument der internationalen Anerkennung der neuen Türkei gilt. »Als Folge von Lügen und diplomatischer Ränke« ist »unser Vaterland von 5 Millionen Quadratkilometern« auf die heutige Größe der Türkei von 780 000 Quadratkilometern reduziert worden, sagte Erdoğan am [6. Februar 2018](#). Eine solches Ineinandergreifen von potentem militärischem Vorgehen und revanchistischer Rhetorik löst auch im [östlichen Mittelmeer Besorgnis](#) aus, wo die Türkei im neuen Jahr ebenfalls ihre Muskeln spielen ließ.

Das sind ganz neue Bedingungen für Deutschland und für die Europäische Union. Denn viele der Grundlagen, auf denen das gegenseitige Verhältnis bisher ruhte, sind heute in Frage gestellt: Ankaras Wunsch nach Mitgliedschaft in der EU, die Anlehnung der Türkei an die USA und das Selbstverständnis der Türkei, dass ihre Zukunft in Europa liegt. Außerhalb dieses gewohnten Rahmens stehen sich beide Seiten nicht nur auf gleicher Augenhöhe gegenüber. Sie müssen auch für alle Politikbereiche neu prüfen – ob Wirtschafts-, Rüstungs- oder Migrationspolitik –, wo die gemeinsamen Interessen liegen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2018
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autoren wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf andere SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuell werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364